

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 2. November 2009, 19.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 43 und 44 vom 22. und 29. Oktober 2009 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden über dies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Leibundgut Remo
Stimmzähler	Frau Rüfenacht Andrea und Herr Gnehm Urs
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Bachmann Véronique, Berger Stefan, Biedermann Peter, Bucher Theophil, Buser Madeleine, Caesar Priska, Dätwyler Käthy, Dubach Roland, Eberhard Werner, Friedli Daniel, Grimm Christoph, Gübeli Thomas, Haller Dieter, Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Jakob Beat-U., Kalbermatten Susanne, Keller Hansjörg, Kummer Brigitte, Kuster Müller Beatrice, Messerli Niklaus, Mumenthaler Regina (ab Traktandum 1), Muster Adrian (ab Traktandum 4), Penner Nadaw, Pfister Urs, Pieren Nadja, Rascher Barbara, Reusser Gabriele, Ritter Michael, Rosser Bruno, Schächli Evelyne, Steinmann Christine, von Arb Peter, Wyss Christoph und Zaugg-Jost Christine
Entschuldigt	Herren Aeschlimann Martin und Rappa Francesco
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Kolb Martin, Kummer Hugo, Probst Andrea, Rechner Beatrix, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftsperson	Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 14. September 2009	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	3
4. Einführung der Einheitspolizei in der Stadt Burgdorf per 1. Januar 2009 (Police Bern); Finanzierung des Ressourcenvertrages zwischen der Stadt Burgdorf und dem Kanton Bern	Seite	3
5. Auftrag SP-Fraktion betreffend „Konzept Zusammenarbeit Kadettenmusik, Stadtmusik und Harmoniemusik mit der Musikschule Burgdorf“	Seite	6
6. Interpellation EVP-Fraktion betreffend Projekt Zusammenarbeit Kadettenmusik und Musikschule	Seite	9
7. Voranschlag 2010	Seite	9
8. Motion FDP-JF-Fraktion betreffend Standberichte zur Realisierung der Umfahrung von Burgdorf	Seite	18
9. Interpellation Urs Pfister (CVP) betreffend Verordnung über die verwalteten Stiftungen der Stadt Burgdorf	Seite	19
10. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	20

* * *

Verhandlungen

Appell

Der durch den Stimmenzähler Gnehm Urs durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 36 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadträtin Mumenthaler Regina und Stadtrat Muster Adrian treffen im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Stadtrat Keller Hansjörg beantragt eine Änderung der Reihenfolge. Da das Traktandum 6 *Auftrag SP-Fraktion betreffend „Konzept Zusammenarbeit Kadettenmusik, Stadtmusik und Harmoniemusik mit der Musikschule Burgdorf“* budgetrelevant ist, soll dieses vor dem Voranschlag 2010 behandelt werden. Logischerweise soll nach dem Auftrag die Interpellation zum gleichen Thema behandelt werden.

Der Stadtrat genehmigt grossmehrheitlich die Änderung der Traktandenliste.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 14. September 2009

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 14. September 2009.

2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Leibundgut Remo begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung. Im speziellen begrüsst er Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, als Auskunftsperson.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Beginn der Stadtratssitzung vom 14. Dezember 2009 auf 17.00 oder 17.30 Uhr festgelegt wird. Die Einladung erfolgt zu gegebener Zeit. Dem SR liegt zudem die Einladung zum Schlussessen des SR vor. Das Schlussessen findet im Landgasthof Sommerhaus statt. Es wird um rechtzeitige Anmeldung zuhanden von Frau Henzi Brigitte gebeten. Dem SR wurden zudem noch weitere Unterlagen verteilt.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Gemeinderätin Rechner Beatrix orientiert über das Gemeindepolizeireglement. Ein Ausschuss mit den Herren Friedrich Ueli und Schenk Roman sowie Frau Aeschlimann Jocelyne, Leiterin Einwohner- und Sicherheitsdirektion, und Gemeinderätin Rechner Beatrix haben bereits daran gearbeitet. Man ist bestrebt, ein gutes Gemeindepolizeireglement zu erarbeiten. Im Zeitplan ist unter anderem eine Informationsveranstaltung und Vernehmlassung eingeplant. Die Meinungen und Ergänzungen der Parteien sind wichtig. Die Informationsveranstaltung findet am Mittwoch, 25. November 2009 statt. Die Einladung dazu folgt zu gegebener Zeit. Der SR wird gebeten, das Datum bereits heute zu reservieren.

4. Einführung der Einheitspolizei in der Stadt Burgdorf per 1. Januar 2010 (Police Bern); Finanzierung des Ressourcenvertrages zwischen der Stadt Burgdorf und dem Kanton Bern

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass anlässlich der Sitzung vom 15. Oktober 2009 Gemeinderätin Rechner Beatrix sowie Stadtschreiber Schenk Roman über das Geschäft informiert haben. Das vorliegende Geschäft ist das Resultat der Umsetzung der Revision des bernischen Poli-

zeigesetzes. Auf eine Ausführung der neuen Zuständigkeiten von Kantons- und Stadtpolizei wird verzichtet. Diese sind in der Vorlage entsprechend aufgeführt und erläutert. Der Ressourcenvertrag regelt die Leistungen im Zusammenhang mit der Einführung der Einheitspolizei Police Bern und ist für alle Beteiligten der Stadt neu. Wir können zwar von Erfahrungen anderer Städten profitieren, doch können wir heute nicht sagen, ob wir mit dem vorliegenden Leistungsvertrag genügend Leistungen vereinbart haben oder ob später noch zusätzliche oder ausserordentliche Leistungen oder Einsätze notwendig werden und vergütet werden müssen. Weiter muss sich in Zukunft auch weisen, ob der Einführung von Police Bern eingehende Abbau des Personalbestandes von 11 auf neue 9 Personen, davon sind 5 eingekaufte und 4 bei der Stadt verbleibende Personen, die notwendigen Massnahmen im Bereich öffentliche Sicherheit noch aufrecht erhalten werden können oder ob zusätzliche Patrouillen privater Sicherheitsdienste eingekauft werden müssen. Die finanzielle Abgeltung der bestellten Leistungen im Ressourcenvertrag, darüber muss der SR schlussendlich abstimmen, basiert auf einer Mischrechnung basierend auf Personalkosten und Sachkosten sowie einer Vergütung aus entgangenen Ordnungsbussen mobiler Kontrollen und betragen rund Fr. 420'000.--. Die GPK beantragt dem SR einstimmig bei einer Abwesenheit die Anträge des Gemeinderates (GR) zur Annahme.

Gemeinderätin Rechner Beatrix informiert, dass vor 2½ Jahren die Berner Bevölkerung beschlossen hat, dass es nur noch eine Polizei im Kanton Bern geben soll. Etappenweise werden seither die Gemeindepolizeicorps in die Kantonspolizei integriert. Bekanntlich wird per 1. Januar 2010 die Stadtpolizei Burgdorf in die Kantonspolizei integriert. Dieser Schritt tönt auf dem Papier einfacher als es in der Realität ist. Die Stadt- und Kantonspolizei haben diesen Schritt während zwei Jahren minutiös vorbereitet. Folgende Bereiche mussten vertieft bearbeitet werden: Organisation der Stadt- und Kantonspolizei, die Information intern und extern, Leistungsaufträge über Inhalt und Umfang, Personelles wie Übertritt und Pensionskasse, neue Funktionen bei der Stadt Burgdorf, Ausbildung, Infrastruktur und Ausrüstung sowie die Finanzen. In einer gemeinsamen Projektorganisation unter der Leitung von Herr Sollberger Thomas, Kommandant der Kantonspolizei Region Mittelland-Emmental-Oberaargau, sind die Themen von Anfang an zielgerichtet, konstruktiv und vertrauensvoll bearbeitet worden. Es hat sich ausbezahlt, dass zwischen der Stadtpolizei und dem Polizeiposten der Kantonspolizei schon bisher eine enge und gute Zusammenarbeit stattgefunden hat und das gegenseitige Einvernehmen sehr gut ist. Für das Gelingen der zukünftigen Zusammenarbeit ist das sehr gute Einvernehmen neben den Leistungsverträgen die wichtigste Voraussetzung. Eine sehr wichtige Grundlage für die Arbeiten ist die bereits früh veranlasste Leistungserfassung der polizeilichen Tätigkeiten. Die Leistungserfassung zeigt auf, wie viel Stunden die Stadtpolizei für die Aufgaben A, B und C aufgewendet haben. Damit konnte gut abgeschätzt werden wie viele Stellen die Stadt Burgdorf in Zukunft bei der Kantonspolizei einkaufen beziehungsweise durch eigene Ordnungsdienste erbringen muss ohne den Sicherheits- und Ordnungsstandard zu senken. Die Kantonalisierung bringt der Stadt Burgdorf verschiedene Entlastungen. Die Stadt Burgdorf muss zum Beispiel in der Gemeinde Oberburg keine polizeilichen A-Aufgaben mehr erfüllen oder keine grösseren Pikettdienste an den Wochenenden organisieren. Schon in der Vergangenheit wurden private Ordnungsdienste beigezogen. Diese Zusammenarbeit mit Apollo wird zur Ergänzung verstärkt werden. Für das betroffene Personal konnte eine befriedigende Lösung gefunden werden. Der Kanton übernimmt einige Mitarbeitende der Stadt Burgdorf. Die einzelnen Mitarbeitenden der Stadt Burgdorf konnten selber entscheiden, ob sie zum Kanton wechseln oder in einer anderen Funktion als bisher bei der Stadt Burgdorf weiterarbeiten wollen. In der Übergangsphase konnten zudem einzelne Pensionierungen mit einbezogen werden. Den Mitarbeitenden sind die notwendigen Laufbahnentscheide nicht leicht gefallen. Dies liegt unter anderem auch daran, dass die Mehrheit der Betroffenen finanzielle Einbussen in Kauf nehmen oder sich von der langjährigen Tätigkeit als Berufspolizist trennen mussten. An dieser Stelle wird dem Personal der Stadtpolizei für die tolle Kooperation, Hilfsbereitschaft, die enorme Flexibilität und Loyalität ganz herzlich gedankt. Der GR ist gemäss Artikel 44 der Gemeindeordnung (GO) die ordentliche Polizeibehörde und zuständig für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in der ganzen Stadt. Bisher stand dem GR dafür die Stadtpolizei zur Verfügung. Neu muss der GR dafür einen Teil der Leistungen beim Kanton einkaufen. Der Abschluss des Ressourcenvertrages liegt deshalb in der Kompetenz und Verantwortung des GR. Es gibt gute Gründe, dass die Kosten des Leistungseinkaufes als gebundene Kosten zu betrachten sind. Der Einkauf ist gesetzlich vorgeschrieben. Die Verantwortung der Sicherheit liegt nach GO abschliessend beim GR und es entsteht der Stadt gegenüber keine Mehrkosten. Es gibt aber auch Argumente, die für neue wiederkehrende Ausgaben aufgeführt werden können, die aufgrund der Höhe in der Kompetenz des SR liegen. Es besteht ein relativ kleiner Handlungsspielraum betreffend dem Umfang des Leistungseinkaufes. Der GR hat unnötige Kompetenzdiskussion vermeiden wollen und legt deshalb den Abschluss dem SR vor. Zu Ziffer 3 betreffend teuerungsbedingte Mehraufwendungen

ist zu bemerken, dass $\frac{3}{4}$ der Abgeltungen Personalkosten und $\frac{1}{4}$ Infrastrukturkosten betreffen. Der Kanton und die Gemeinde gleichen dem Personal die Teuerungen auf den Löhnen teilweise aus. Die Ziffer 3 des Antrages betrifft somit in erster Linie die Lohnmehrkosten. Der Teuerungsausgleich der Stadt Burgdorf ist reglementarisch mit dem des Kantons gebunden. Die gleiche Teuerung müsste die Stadt auch tragen, wenn weiterhin eine eigene Stadtpolizei mit entsprechender Infrastruktur betrieben würde. Der GR beantragt dem SR, den Anträgen zuzustimmen.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo teilt mit, dass der SR den Ressourcenvertrag nur zur Kenntnis nehmen kann. Es ist überflüssig im SR über den Ressourcenvertrag zu diskutieren. Der SR entscheidet über die Ausgaben und die teuerungsbedingten Mehraufwendungen.

Stadträtin Buser Madeleine, namens der SP-Fraktion, informiert, dass man schon lange gewusst hat, dass ab 2010 die Police Bern in Kraft tritt. Trotzdem ist die Stadt Burgdorf weiterhin für die Sicherheit und Verkehrspolizei sowie Amts- und Vollzugshilfe zuständig. Zudem besteht bereits der Ressourcenvertrag zwischen der Stadt Burgdorf und dem Kanton Bern. Dieser Ressourcenvertrag kann der SR nur zur Kenntnis nehmen. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des GR. Es wird sich zeigen, ob die vertraglich definierten Leistungen in dieser Form genügen. Es kann nicht sein, dass bei Engpässen private Organisationen aufgeboten werden. Unbestritten ist, dass sich die Bürger von Burgdorf nach der Einführung von Police Bern sicher fühlen müssen. Die Zukunft wird es zeigen. Die SP-Fraktion wird dies kritisch weiterverfolgen.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass die Dankesworte von Gemeinderätin Rechner Beatrix entsprechend weitergeleitet werden. Die SVP-Fraktion hat sich mit der Einführung von Police Bern ausführlich befasst. Für die ausführliche Dokumentation wird der Sicherheitsdirektion gedankt. Die SVP-Fraktion wird dem jährlich wiederkehrenden Betrag von Fr. 420'000.-- einstimmig zustimmen. Wie bereits gesagt wurde, hat der SR auf den Ressourcenvertrag keinen Einfluss. Die SVP-Fraktion hofft, dass die Jahresplanung mit der Kantonspolizei die Sicherheit in Burgdorf gewährleisten kann. Die Zukunft wird es weisen, ob gewisse Anpassungen im Ressourcenvertrag gemacht werden müssen. Als Mitglied der Projektgruppe steht Stadtrat Rosser Bruno hinter dieser Vorlage. Die SVP-Fraktion stimmt den Anträgen des GR einstimmig zu.

Stadträtin Bachmann Véronique, namens der FDP-Fraktion, orientiert, dass man sich den Anträgen des GR anschliesst. Die FDP-Fraktion dankt Gemeinderätin Rechner Beatrix insbesondere für die Ausführungen zu Ziffer 3.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass der Beitritt zu Police Bern logisch ist, weil es der Kanton vorgibt. Die GFL-Fraktion begrüsst diesen Schritt. Es ist wichtig, dass heute Abend klar gesagt wird, dass Fr. 440'000.-- wirklich eingespart werden und nicht nur eine Verlagerung der Kosten bedeutet. Zu den Aufgaben A, B und C hat die GFL-Fraktion noch einige Fragen. Bei den Positionen 1 bis 16.5 ist überall ein Nein angekreuzt. Die Stadt Burgdorf kauft bei diesen Punkten keine Leistungen ein. Es ist ein Anliegen der GFL-Fraktion, dass zum Beispiel beim Problem von Littering, diese in den A-Aufgaben aufgeführt sind. Kann davon ausgegangen werden, dass die Punkte 1 bis 16.5 sowieso im Umfang eingerechnet worden sind und diese Police Bern übernimmt. Es handelt sich dabei um wichtige Aufgaben und ist nicht ganz klar. Die GFL-Fraktion stellt sich ebenfalls die Frage, wie gross das Risiko für Kostenüberschreitungen ist. Es ist klar, dass es sich um einen Versuch handelt, aber trotzdem wurden die Aufwendungen eingeschätzt. Es stellt sich zudem die Frage, ob im Antrag bei Ziffer 3 der teuerungsbedingte Mehraufwand nicht bereits jetzt budgetiert werden kann. Die GFL-Fraktion dankt der Projektgruppe für die geleistete Arbeit und die umfangreichen Unterlagen. Die GFL-Fraktion stimmt den Anträgen des GR zu.

Gemeinderätin Rechner Beatrix teilt mit, dass betreffend den Mehraufwendungen jedes Jahr geschaut werden muss. Darauf hat die Stadt Burgdorf keinen Einfluss. Bei den erwähnten Punkten 1 bis 15.6 ist der Kanton zuständig. Die weiter aufgeworfenen Fragen werden aufgenommen und an einer der nächsten Stadtratssitzungen informiert. Es wurden bereits einige Städte überprüft, aber jede Stadt ist doch wieder anders. Ab Januar wird geschaut wie das ganze läuft und dann wird wenn nötig Anpassungen vorgenommen.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, möchte wissen, ob im Voranschlag definitiv Fr. 400'000.-- gespart werden können oder handelt es sich um eine Umlagerung auf die privaten Organisationen.

Stadtschreiber Schenk Roman orientiert, dass dies die Personalkosten betrifft. Es wurde aufgezeigt, wie viel beim Personal effektiv eingespart wird. Es ergeben sich aber andere Kosten. Zum Beispiel bei den Bussen, bei denen die Einnahmen zum Teil abgegeben und angerechnet werden. Im gesamten Saldo macht es nicht Fr. 440'000.--, sondern weniger. Es können Einsparungen erzielt werden, aber nicht so viel.

Beschlussanträge:

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Ressourcenvertrag (Stand September 2009) zwischen dem Kanton Bern und der Stadt Burgdorf betreffend Erbringung von Leistungen der Sicherheits- und Verkehrspolizei sowie der Amts- und Vollzugshilfe durch die Kantonspolizei ab 1. Januar 2010.
2. Er bewilligt die für den Einkauf der vertraglich vereinbarten Leistungen beim Kanton erforderliche jährlich wiederkehrende Ausgabe von 420'000 Franken
3. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo teilt mit, dass der Beschluss dem fakultativen Referendum unterliegt. Zudem dankt der Vorsitzende im Namen des SR der Stadtpolizei.

5. Auftrag SP-Fraktion betreffend „Konzept Zusammenarbeit Kadettenmusik, Stadtmusik und Harmoniemusik mit der Musikschule Burgdorf“

Stadtratspräsident Leibundgut Remo teilt mit, dass die GPK auf einen Sprecher verzichtet. Die GPK hat festgestellt, dass die Vorlage formell in Ordnung ist.

Gemeinderat Probst Andrea informiert, dass die SP-Fraktion ein Umsetzungskonzept verlangt für die geplante Zusammenarbeit der Kadettenmusik, Stadtmusik, Harmoniemusik und der Musikschule Burgdorf. Der GR hat sich an mehreren Sitzungen mit diesem Vorhaben beschäftigt und würdigt ausdrücklich das Engagement und die geleistete Arbeit aller Beteiligten. Das Dossier ist umfangreich und gut. Das verlangte Umsetzungskonzept ist erarbeitet und liegt vor, in diesem Sinne hat der GR den Auftrag bereits erfüllt. Die besten Konzepte können aber nicht umgesetzt werden, wenn die dazu nötigen Mittel fehlen. Im Konzept sind einerseits Beträge an die MRB, andererseits Vergünstigungen der Elternbeiträge vorgesehen. Die Gesamtkosten würden sich während 4 Jahren auf einen Totalbetrag von Fr. 130'000.-- pro Jahr steigern. Die Stadt Burgdorf hat aber in den nächsten Jahren mit einem ansteigenden Budgetfehlbetrag zu kämpfen. Der GR erachtet es unter den gegebenen Umständen deshalb als verantwortungslos, das Projekt mit seinen neuen wiederkehrenden Kosten zum jetzigen Zeitpunkt umzusetzen. Das bedeutet aber nicht, dass die Zusammenarbeit der Musikschule Burgdorf, der Kadetten und dem Musikcorps definitiv vom Tisch sein muss. Zu einem späteren Zeitpunkt, wenn sich die städtischen Finanzen wieder erholt haben, ist eine Umsetzung durchaus denk- und wünschbar. Der GR würde seine Regierungsrolle aber schlecht wahrnehmen, wenn er dem Vorhaben im Wissen um alle Umstände heute zustimmen würde. Der GR empfiehlt deshalb dem SR die Ablehnung des Auftrages.

Stadtrat Eberhard Werner, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass an der diesjährigen Solennität die Thunerkadetten eingeladen wurden. Schon das flotte Spiel von den Schaffhausern vom letzten Fest hat den Burgdorfer-Buben keine Ruhe gelassen. Am 20. April des darauf folgenden Jahres hat die Kadettendirektion ein Regulativ erlassen. Man hat sich darauf geeinigt, dass die Kadettenmusik ein Bestandteil des Kadettencorps sein und unter strenger Aufsicht stehen soll. Sie darf keiner anderen Musik als bei den hiesigen Ortsvereinen mitmachen. Dann hat die Kadettenmusik 1846 zum ersten Mal an einer Solennität mitgemacht. Zitat aus 200 Jahre Solennität 1729 – 1929: „So sisi haut,

d'«Bürger vor Stadt bi der vier Sandsteiflüe». Seit 2007 ist eine verbesserte Ausbildung unserer Jugend in Arbeit und die beiden städtischen Musikcorps haben an ihren Hauptversammlungen für die Beiträge an dieses Ausbildungskonzept zugestimmt. Das entwickelte Leitbild „Grundausbildung der Kadettenmusik“, in Zusammenarbeit Kadettenmusik und Musikschule Region Burgdorf, ist eine niedergeschriebene Vision, nach der sich die Ausbildung von Jugendlichen an der Musikschule in Burgdorf in Zukunft gestalten kann. Vor drei Jahren wurde die Arbeit aufgenommen, durchdacht und für Morgen bereitgestellt. Diese soll die Musik in der Region Burgdorf beleben und einen Stillstand verhindern. Wenn wir das Dossier durchlesen, fallen die Worte Laieninstruktoren auf oder Ausbilder in der Grundausbildung und bedürfte eigentlich keine weiteren Erklärungen. Wenn wir der Schulstadt Burgdorf gerecht werden, so stärken wir gleichzeitig unsere Musikschule in Burgdorf und geben den Jugendlichen eine fundierte Basis. Ein Musikinstrument kann man nicht einfach spielen das muss man erlernen. Die Arbeit in dieser Institution ist kein Pflichterfüllen, ohne selber von der Musik überzeugt zu sein. Die Gesamtkosten würden sich in vier Jahren auf Fr. 130'000.-- steigern. Ist uns klar, wenn die Jugendlichen alle privat Unterricht nehmen könnten, der Betrag für die Stadt höher wäre? Zynisch gefragt, was kostet uns die Verkehrsplanungen, das Kornhaus, das alte Schlachthaus, etc.? Wir sind alle Steuerzahler bei der Stadt und dem Kanton. Der Sport hat seine Ausbildungsstätte erhalten. Muss jetzt die Musik wieder hinten anstehen und abwarten? Reicht es für sie auch einmal für eine Konzertarena? In der Stellungnahme des GR ist zu lesen, dass die Zusammenarbeit der Musikschule Region Burgdorf mit der Kadettenmusik und dem Musikcorps nicht definitiv vom Tisch sein muss und zu einem späteren Zeitpunkt behandelt wird. Belassen wir dieses Dossier auf dem Tisch und stimmen dem Antrag zu. Um keinen Preis stehenbleiben, sondern sich entwickeln und der veränderten Bildungsstruktur anpassen. „Menschen die musizieren, verbessern ihre Befindlichkeit.“ Zusätzlich beantragt die SP-Fraktion die Abstimmung unter Namensaufruf.

Stadtrat Dubach Roland, namens der SVP-Fraktion und der EDU, teilt mit, dass über den Auftrag ebenfalls diskutiert wurde. Der Auftrag der SP-Fraktion ist eigentlich eine sehr gute Idee. Wenn der Auftrag ein oder zwei Jahre früher eingereicht worden wäre, hätte die SVP-Fraktion dem Auftrag wohl zugestimmt. Es stellt sich die Frage, ob das Anliegen nicht kostenneutral irgendwo im Kulturbereich hätte umgesetzt werden können und man auf etwas anderes verzichten könnte. Die Finanzlage der Stadt Burgdorf ist prekär. Die Mehrheit der SVP-Fraktion wird sich dem Antrag des GR anschliessen.

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass der Auftrag abgelehnt wird. Die FDP-Fraktion hat sich den Entscheid nicht leicht gemacht. Das Unangenehme ist schnell gesagt. Die Ablehnung bedeutet ein Verzicht auf einen Ausbau, allerdings keinen Abbau, im Bereich der Nachwuchsförderung bei den Musikvereinen. Es ist klar, dass in einem solchen Bereich der Verzicht auf einen Ausbau nicht besonders populär ist. Ein kritischer Punkt sind die Finanzen der Stadt Burgdorf. Die FDP-Fraktion teilt in diesem Punkt die Einschätzung des GR. Mehrkosten von Fr. 130'000.-- pro Jahr stehen zurzeit quer in der derzeitigen finanzpolitischen Lage. Der Ausbau im Sinn des Konzeptes wäre eine freiwillige städtische Aufgabe. Die FDP-Fraktion überprüft neue städtische Aufgaben sehr kritisch, mindestens dann, wenn keine finanzielle Kompensation vorgesehen oder keine möglich ist. Allerdings haben die zutreffenden finanzpolitischen Einwände des GR gegen die Umsetzung des Konzeptes bei der FDP-Fraktion nicht alleine den Ausschlag gegeben. Die FDP-Fraktion hat ebenfalls auch inhaltliche Vorbehalte gegen das Projekt. Nach Rückfragen bei den beteiligten Musikgesellschaften wurde kein derart positives Bild vermittelt wie es im Konzept gegeben ist. Der Hauptkritikpunkt ist schnell benannt. Die Anbindung der Nachwuchsförderung an die Musikschule hat nicht nur Vorteile. Dies ist sofort ersichtlich, wenn die Finanzierung auf der Seite 5 der seinerzeitigen Stadtratsvorlage genauer betrachtet wird. Ein Grossteil der Kosten entsteht dadurch, weil die kantonale Gesetzgebung die Musikschule bezüglich Finanzierung für Gemeinden bevorzugt. Wenn das Konzept endgültig umgesetzt würde, wären fast $\frac{3}{4}$ der Mehrkosten Dekretsabgaben an die Musikschule oder mit den Fr. 130'000.-- pro Jahr könnten die drei Musikgesellschaften einen vollamtlichen und bestens qualifizierten Musiklehrer selber anstellen. Diese Überlegungen zeigen, dass im Fall einer Ablehnung des Auftrages die Frage von Grund auf neu überdenkt werden muss. Eine blosser Schubladisierung würde den inhaltlichen Vorbehalten nicht gerecht. Man muss sich bewusst sein, dass die Unterstützung der Nachwuchsförderung in einer Freizeitsparte immer im Verhältnis zu den anderen Sparten stehen muss. Schon der Vergleich im Jugendsport zeigt diese Problematik genau. Der Fussballclub hätte vielleicht auch gerne einen vollamtlichen Jugendtrainer. Bei der einseitigen Bevorzugung in der Musiknachwuchsförderung fehlt eigentlich die Begründung. Die FDP-Fraktion beantragt aus diesen Gründen dem SR die Ablehnung des Auftrages.

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP-Fraktion, findet es unfair, wenn Angebot gegen Angebot gegeneinander ausgespielt werden. Im Budget steht viel über die Integration. Unter anderem will man die Kinder und Jugendlichen in das gesellschaftliche Leben integrieren. Dies ist ein wichtiges Ziel. Die Integration kann im Bereich Sport, Theater und Musik erzielt werden. Im Bereich der Blasmusik besteht kein grosses Angebot. Die Harmonie- und Stadtmusik engagieren sich in der Jugendförderung. Die Kadettenmusik steht für junge und engagierte Leute, welche lernen wollen ein Instrument zu spielen. Was an Laienarbeit in der Kadettenmusik geleistet wird, soll nicht speziell erwähnt werden, denn dies wird an anderen Orten ebenfalls gemacht. Beim Instrument ist es oft Einzelunterricht im Gegensatz zu einem Sportclub. Bei der Kadettenmusik wird der Einzelunterricht schnell in einer Kleingruppe gefördert. Das kann die Musikschule nicht im gleichen Rahmen anbieten. Dieser Umstand spricht für die Zusammenarbeit. Zuerst Einzelunterricht mit dem Profi und dann das Zusammenspiel bei der Kadettenmusik. Was diese Schulung, Integration und Prävention kostet, kann gar nicht in Zahlen ausgedrückt werden, weil es eigentlich volkswirtschaftlich betrachtet werden müsste. Dadurch wird auch viel für die Gewaltprävention gemacht. Es wäre sehr gut investiertes Geld für die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt. Die EVP-Fraktion empfiehlt die Annahme des Auftrages.

Stadtrat Ingold Rolf, namens der BDP-Fraktion, orientiert, dass man sich über schön gespielte Musik erfreut. So gesehen ist diese Vorlage, welche zur Ausbildungsförderung etwas beiträgt, sehr edel, beinhaltet aber auch eine Fülle von Konsequenzen. Die Vorlage schafft zudem eine Art Präjudiz. In Burgdorf gibt es etliche Organisationen, bei denen ehrenamtliche Laien mit Jugendlichen am Arbeiten sind, sei dies im kulturellen oder sportlichen Bereich. In jedem Bereich müssen einzelne Leute ausgebildet werden und erbringen Leistungen, welche von der Öffentlichkeit gerne und mit Freude entgegen genommen wird. Selbst innerhalb des Kadettencorps besteht die gleiche Situation. Professionelle Anbieter könnten zur Anhebung der Qualität und Nachhaltigkeit viel beitragen, aber nur durch finanzielle Mithilfe von allen Seiten. So gesehen, muss die BDP-Fraktion den Auftrag ablehnen.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion informiert, dass bereits viel über die Förderung gehört wurde. Die GFL-Fraktion spricht sich ebenfalls dafür aus, dass die Jugendlichen grundsätzlich gefördert werden. Es handelt sich um ein rein politisches Geschäft. Es geht nur darum, ob die Fr. 130'000.-- bezahlt werden sollen oder nicht. Es ist schade, wenn der Sport gegen die Musik ausgespielt wird. Der SR soll sich überlegen, was die Fr. 130'000.-- auf den Gesamtaufwand ausmacht, nämlich nur 0.1%. Die Stadt Burgdorf hat schon viel mehr Wettbewerbe ausgeführt, welche viel mehr gekostet haben. Es soll etwas für die Prävention gemacht werden. Eine Ablehnung des Auftrages wäre falsch. Es geht ganz klar darum, dass die Jugendlichen gefördert werden. Wie bereits erwähnt wurde, kann man im Sport mit einem Trainer mehrere Personen ausbilden und in der Musik ist dies nur bedingt möglich. Die GFL-Fraktion spricht sich klar für die Professionalisierung aus. Die GFL-Fraktion spricht sich mehrheitlich für die Annahme des Auftrages aus.

Stadtrat Keller Hansjörg versteht die Anliegen der Links-Grünen sehr gut. Stadtrat Grimm Christoph hat es nun auf die finanzpolitische Ebene gebracht. Wenn das Geschäft finanzpolitisch betrachtet wird, fährt man mit Tempo 100 dem Abgrund entgegen und Links-Grün überlegt sich, ob man nun noch Gas geben soll. Nach diesem Traktandum wird das Budget diskutiert und bei dieser Diskussion sollte man nicht jammern wie schlecht es um Burgdorf steht, wenn man nun locker Fr. 130'000.-- spricht. Dieses Vorgehen ist irgendwie schizophren.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo informiert, dass Stadtrat Eberhard Werner den Antrag stellt, die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen. Gemäss Artikel 21 Absatz 4 des Stadtratsreglements erfolgt die Abstimmung unter Namensaufruf, wenn ein Viertel der Anwesenden dies verlangt. Wenn nun mehr als 9 Mitglieder des SR der Abstimmung unter Namensaufruf zustimmen, wird dies so durchgeführt.

A b s t i m m u n g

Abstimmung unter Namensaufruf

Der Stadtrat stimmt der Abstimmung unter Namensaufruf mit 15 Ja Stimmen zu.

Beschlussantrag

Der Gemeinderat empfiehlt dem Stadtrat aufgrund der Ausführungen die Ablehnung des Auftrages.

Aeschlimann Martin	-	Kummer Brigitte	E
Bachmann Véronique	J	Kuster Müller Beatrice	N
Berger Stefan	N	Leibundgut Remo	J
Biedermann Peter	N	Messerli Niklaus	N
Bucher Theophil	N	Mumenthaler Regina	E
Buser Madeleine	N	Muster Adrian	J
Caesar Priska	J	Penner Nadaw	N
Dätwyler Käthy	N	Pfister Urs	J
Dubach Roland	E	Pieren Nadja	J
Eberhard Werner A.	N	Rappa Francesco	-
Friedli Daniel	J	Rascher Barbara	J
Gnehm Urs	J	Reusser Gabriele	N
Grimm Christoph	N	Ritter Michael	J
Gübeli Thomas	J	Rosser Bruno	J
Haller Dieter	N	Rüfenacht Andrea	N
Heimgartner Gaby	J	Schäppi Evelyne	E
Ingold Rolf	J	Steinmann Christine	E
Jakob Beat-U.	N	von Arb Peter	N
Kalbermatten Susanne	E	Wyss Christoph	J
Keller Hansjörg	J	Zaugg-Jost Christine	J

J = Ja, N = Nein, E = Enthaltung

Der Stadtrat genehmigt mit 17 Ja und 15 Nein Stimmen bei 6 Enthaltungen den Beschlussantrag.

6. Interpellation EVP-Fraktion betreffend Projekt Zusammenarbeit Kadettenmusik und Musikschule

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass die Interpellation zurückgezogen wird.

Die Interpellation wird zurückgezogen.

7. Voranschlag 2010

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, informiert, dass man sich an der ordentlichen Sitzung vom 15. Oktober 2009 mit dem Voranschlag 2010 auseinandergesetzt hat. Als Auskunftspersonen konnte die GPK Gemeinderat Urech Peter und Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, begrüßen. Mit dem Voranschlag 2010 liegt das fünfte Budget auf NPM-Basis vor. Damit ist es mit denen der Vorjahre gut vergleichbar. Die inhaltliche Struktur ist weiter verbessert worden, was die Lesbarkeit weiter erleichtert. Es zeigt aber auch, dass NPM ein fließender Prozess ist. Umstrukturierungen in der Stadt bedingen zwangsläufig auch Umstrukturierungen in den Produktgruppen. Mit der Einführung der Einheitspolizei per 2010 wird die Sicherheits- und Einwohnerdirektion neu als eine Direktion mit der Bezeichnung EinwohnerSicherheitsdirektion geführt. Dies führte zur Auflösung der Produktegruppe 40 und zur Neugestaltung der Produktegruppe 30. Mit dieser Veränderung werden natürlich Vergleiche mit den Vorjahren zumindest erschwert beziehungsweise nicht mehr möglich. Auf eine Überprüfung der Wirkungs- und Leistungsziele mit ihren Indikatoren hat die GPK verzichtet. Dies geschieht jährlich im Rahmen der Ergebnisprüfung. Das Budget beinhaltet einen Aufwandüberschuss, also ein Defizit von

3.84 Mio. Franken. Im Vergleich zum letztjährigen Finanzplan ist das vorgesehene Defizit um Fr. 800'000.-- kleiner. Vergleicht man diesen Voranschlag mit denen der letzten Jahre, dann bewegt sich aber das Defizit im gleichen Rahmen. Im 2009 waren 3.86, im 2008 3.66 und 2007 2.39 Mio. Franken budgetiert. Es sind für 2010 Nettoinvestitionen von 11.46 Mio. Franken geplant. Hier wiederum der Vergleich zu den Vorjahren. So war 2009 16.07, im 2008 10.33 und 2007 7.16 Mio. Franken geplant. Auf Basis des Voranschlag 2010 können von den geplanten Nettoinvestitionen nur Fr. 385'000.-- selbstfinanziert werden. Damit ist ein Finanzierungsfehlbetrag, also eine Neuverschuldung von 11.07 Mio. Franken zu erwarten. Auch hier wieder der Vergleich zu den Vorjahren. Im Jahr 2009 waren 16.17, im 2008 8.82 und 2007 4.07 Mio. Franken vorgesehen. Hier wird nun die eigentliche Problematik des Burgdorfer Finanzhaushaltes offensichtlich. Das ganze geht nämlich gemäss dem neuen Finanzplan so weiter. Für 2011 erwartet man bei voraussichtlichen Nettoinvestitionen von 18.7 Mio. Franken wiederum einen erheblichen Finanzierungsfehlbetrag. Die grössten Abweichungen gegenüber dem Voranschlag 2009 sind auf Seite 6 in einem 10-Punkteprogramm aufgelistet. Wir alle im SR müssen uns bewusst sein, dass wir zur Entwicklung der aktuellen Situation kräftig beigetragen haben. Wir haben alle den Grossprojekten Schulhaus Lindenfeld, Pestalozzi und Neubau Eishalle einstimmig bis grossmehrheitlich zugestimmt. Das gleiche gilt für das erweiterte Busangebot und für die gesprochenen Sanierungsbeiträge der PRE. Das alles ist lediglich eine Feststellung und nicht eine Behauptung, es seien Fehler gemacht worden. Ein weiteres Mal negativ wirken sich die Erhöhung der Kantonsabgaben aus, was bereits aufgrund der Voranschläge und des Finanzplanes vom letzten Jahr zu erwarten war. Weitere Abweichungen sind im Kommentar zur Artengliederung, der auch unter NPM eine wichtige und informative Darstellung ist und zum besseren Verständnis notwendig ist, dargestellt. Im Übrigen bringt der Voranschlag keine Überraschungen. Zu den Zahlen wird voraussichtlich dann Gemeinderat Urech Peter noch ausführlicher werden. Im Rahmen der Budgetbesprechung hat die GPK die Auskunftspersonen, Herren Urech Peter und Hofer Peter, ein weiteres Mal als äusserst kompetente Auskunftspersonen erlebt. Die GPK möchte sich bei ihnen für die klaren Aussagen und Erklärungen bedanken. Der Voranschlag 2010 alleine und isoliert betrachtet, ist korrekt und vertretbar. Ein eigentliches Potential für einfach umsetzbare und wirksame Einsparungen ist darin nicht vorhanden. Die GPK empfiehlt auf dieser Basis dem SR einstimmig bei einer Abwesenheit den Beschlussanträgen 1 bis 3 des GR auf Seite 5 des Voranschlages zuzustimmen. Mittlerweile ist wahrscheinlich allen klar, dass der Finanzplan für die Politik je länger umso wichtiger und wertvoller wird. Er ist zwar immer eine Momentaufnahme und ist ständigen Wechsels unterworfen. Der letztjährige Optimismus, dass der Teilverkauf der Localnet AG den zu erwartenden finanziellen Abgrund ebenen würde, der ist verfliegen und hat einer deutlichen Ernüchterung Platz gemacht. Wir haben es alle gewusst, was auf uns zu kommt. Man muss im Finanzplan nur zwei Seiten anschauen, dass es einem kalt den Rücken hinunter läuft, nämlich die Seiten 8 und 16. Wenn es so weiter geht, verdoppeln sich innerhalb von 5 Jahren die langfristigen Schulden von gut 50 auf über 100 Mio. Franken. Das Eigenkapital wird voraussichtlich Ende 2010 aufgebraucht sein. Bis 2013 droht ein kapitaler Finanzfehlbetrag von über 20 Mio. Franken. Es sind dringend Massnahmen notwendig, sonst wird die Stadt handlungsunfähig. 2008 hat die stadträtliche Verzichtskommission keine wesentlichen Einsparungsmöglichkeiten gefunden. Einsparungen sind nur durch einen für alle Burgdorfer schmerzhaften Leistungsabbau, erhöhte Gebühren, Verzicht auf bitter notwendige Sanierungen wie das Casinotheater oder die Markthalle, oder letztendlich durch Erhöhungen der Steuern möglich. Nach Ansicht des Präsidenten der GPK löst eine Rückweisung beziehungsweise die Ablehnung des Voranschlages das Finanzproblem der Stadt Burgdorf nicht. Es gibt nur Zusatzarbeit für die einzelnen Direktionen mit zusätzlichen Kosten. Das Ganze muss anders angegangen werden. Hoffentlich wird der GR dazu etwas sagen. Auf dieser Basis wünscht sich der Präsident der GPK für alle eine konstruktive Budgetdebatte.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass auf jegliche Grafiken und lange Ausführungen verzichtet wird. Der Grund liegt darin, dass mit dem vorliegenden Budget mögliche Einsparungen völlig ausgereizt wurden. Dies ist aus den zur Verfügung gestellten Unterlagen gut ersichtlich. Die Hauptsorge gilt nicht dem Budget 2010, sondern der Entwicklung der Finanzlage in den kommenden Jahren. Das Budget 2010 weist einen Aufwandüberschuss von rund 3.84 Mio. Franken auf. Um dieses Ergebnis zu erreichen, war ein gewaltiger Effort seitens aller Direktionen nötig, nachdem der GR die Plafonierung des Aufwandüberschusses auf maximal 4 Mio. Franken vorgegeben hat. Die Zitrone ist ausgequetscht und mehr liegt nicht mehr drin. Der Spielraum für Einsparungen ist denkbar eng. Die praktisch einstimmig beschlossenen Projekte wie Schulhaus Lindenfeld und Pestalozzi sowie die Eishalle verursachen natürlich Kosten und Folgekosten. Dazu kommen noch eine Vielzahl an kleineren Projekten und den entsprechenden Kosten. Aufgrund kantonaler Vorgaben steigen die kommunalen Aufwendungen jedes Jahr um gegen 1 Mio. Franken. Schliesslich gehen die Steuererträge, vor allem bei den juristi-

schen Personen, massgeblich zurück. Dies ist durch die gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise, aber auch durch die kantonale Steuergesetzrevision begründet. Der kantonale Finanz- und Lastenausgleich wird Burgdorf in gewissen Bereichen negative Veränderungen beschern wie zum Beispiel die Schulklassengrössen. So bleiben letztlich Entwicklungsmöglichkeiten des Parlamentes im Bereich des Lohnsummenwachstums des Personals und in ganz geringem Mass eine Steuerung über den Saldo der einzelnen Produktgruppen. Mit solchen Massnahmen kann das Ergebnis nur um rund Fr. 300'000.-- verbessert werden. Es wäre nicht fair, eventuelle Versäumnisse der Politik auf dem Buckel des Personals auszutragen. Abgesehen davon kann damit eine Gesundung der Finanzlage nicht erreicht werden. Die Situation wie sie sich präsentiert, ist nicht neu. Die Entwicklung ist seit Jahren vorhersehbar gewesen und aus den jeweiligen Finanzplänen klar ersichtlich. Wer die Situation sehen wollte, hat dies auch getan. Es gibt bekanntlich verschiedene Gründe, dass alle dazu geneigt haben die Probleme vor uns her zu schieben anstatt rechtzeitig zu handeln. Es ist klar, dass die Localnetmillionen vieles einfacher gemacht hätten, aber dieses Thema ist Geschichte. Wir müssen uns nun der Gegenwart und Zukunft widmen und die Chance für einen Neubeginn packen. Die längerfristigen Schulden wurden in den letzten Jahren von 100 Mio. Franken abgebaut und werden bis im Jahr 2013 wieder über 100 Mio. Franken betragen. Im Jahr 2011 wird die Stadt Burgdorf über kein Eigenkapital mehr verfügen und im Jahr 2013 ein Bilanzfehlbetrag gegen 22 Mio. Franken aufweisen. Diese Entwicklung tritt ebenfalls ein, auch wenn kein anstehendes grössere Projekt wie Casino, Markthalle oder Hochwasserschutz realisiert wird. Der Artikel 54 der GO zwingt die Stadt Burgdorf Bilanzfehlbeträge innert vier Jahren auszugleichen ansonsten droht die kantonale Bevormundung. Es muss nun sofort gehandelt werden nach dem Motto „lieber spät als nie“. Es wird und muss allen weh tun. Der GR hat die Situation erkannt und an seiner Sitzung vom 12. Oktober 2009 eine Sanierungsstrategie aufgegleist. Der GR ist sich bewusst, dass anders als bei der Verzichtsplanung die Initiative und der Lead vom GR erfolgen müssen. Bis Ende November 2009 werden in einer ersten Phase von den Direktionen verlangt, dass eine Auflistung von sämtlichen Aufgaben seit 2006 aufgelistet werden inklusive den dazugehörigen generierten Kosten. Zudem wird eine Aufarbeitung der Unterlagen, welche im Rahmen der Verzichtsplanung erarbeitet wurden, auf den neusten Stand gebracht. Vorerst wird im Sinn einer Übungsanlage eine lineare Reduktion von sämtlichen Ausgaben um 10% überprüft. Im weiteren sollen die Gebühren und die Abgeltungen von Dienstleistungen überprüft werden. Die Finanzdirektion hat spezifisch noch die Aufgabe, zu prüfen ob die Liegenschaftssteuer von heute 1 Promille zu erhöhen ist. Zudem soll geprüft werden, ob die Abgeltungen der Stadt Burgdorf durch die Localnet erhöht werden können. Es haben bereits Gespräche mit der Localnet stattgefunden. Die Finanzdirektion soll zudem überprüfen, ob Möglichkeiten bestehen im buchhalterischen Bereich, welche Finanzneutral umgesetzt werden können. Am 12. Oktober 2009 hat der GR zusätzlich ein Moratorium erlassen für alle neuen beschlossenen Projekte. Dieses Moratorium gilt bis Ende März 2010. Der GR wird nach Vorliegen der erwähnten Unterlagen vom Januar bis März 2010 drei Klausuren durchführen, wo die zu wählende Sanierungsstrategie beraten und festgelegt wird. Im Grundsatz gilt, dass es kein Tabuthema mehr gibt. Es wird auch über den Leistungsabbau mit der entsprechenden Personellen Konsequenz oder eine Steuererhöhung diskutiert. In der Reihenfolge der möglichen Massnahmen favorisiert der GR den Vorgehensweg zuerst die Frage des Leistungsabbaus anzugehen und erst dann eine Steuererhöhung. Ein Steuerzehntel macht für die Stadt Burgdorf knapp 2 Mio. Franken aus. Somit müsste eine Steuererhöhung um mehrere Steuerzehntel ins Auge gefasst werden um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen. Ende März 2010 wird der GR die Sanierungsstrategie beschliessen und die entsprechende Vorlage auf den Weg schicken. An der Stadtratssitzung im Juni 2010 wird der SR Farbe bekennen müssen wie ernst es ist die Finanzen der Stadt Burgdorf nachhaltig zu sanieren.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo informiert über das weitere Vorgehen. Es steht ein umfangreiches Geschäft an, deshalb stellt der Vorsitzende die Frage nach dem Eintreten. Aufgrund des Stillschweigens im SR ist die Eintretensfrage unbestritten. Zuerst wird das Budget im Allgemeinen und im Anschluss nach Direktionen beziehungsweise Produktgruppen behandelt. Im allgemeinen Teil sollen Direktionsübergreifende Abänderungsanträge eingebracht werden.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, informiert, dass man es langsam satt hat, wenn bei jeder Diskussion, bei welcher es schlussendlich um Finanzen geht, zu hören bekommt, wegen der verlorenen Localnet-Abstimmung können wir das nun nicht machen oder haben nun dieses grosse Defizit. Das ist nun mal der Fall, wir müssen akzeptieren und uns nun entsprechend organisieren. Die SP-Fraktion hat sich schon länger mit den Stadtfinanzen in einer Arbeitsgruppe beschäftigt und so war der Voranschlag 2010 keine grosse Überraschung mehr. Das prognostizierte Defizit, welches noch mit dem vorhandenen Eigenkapital gedeckt werden kann, war schon seit Jahren bekannt und wurde in

dieser Form in den letzten Finanzplänen auch ausgewiesen. Neben all den in den letzten Jahren gesprochenen Investitionen ist leider auch die Wirtschaftskrise durch verminderte Steuererträge oder durch Sanierungsmassnahmen der Pensionskasse bei den Stadtfinanzen angekommen. Bedenklich erachtet die SP-Fraktion die Tatsache, dass von den 2010 geplanten Nettoinvestitionen von 11.5 Mio. Franken nur rund Fr. 400'000.-- aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Der Rest von 11 Mio. Franken muss auf dem Kapitalmarkt beschafft werden und lässt die Schulden der Stadt massiv ansteigen. Was passiert nun aber in Zukunft? Der budgetierte Aufwandüberschuss von rund 3.8 Mio. Franken ist zwar im Vergleich zum letzten Finanzplan besser, wenn man von besser sprechen kann, doch der Finanzplan 2011 bis 2013 zeigt ein düsteres Bild. In diesem Bild sind grössere Brocken wie das Casino oder die Markthalle noch nicht eingeschlossen. Wir müssen nun entweder neue Mittel beschaffen oder die in der mittelfristigen Investitionsplanung für die kommenden Jahre geplanten Investitionen genauer ansehen und entsprechend die finanziellen Möglichkeiten priorisieren. Uns muss also klar werden, in welchem Masse wir die im Finanzplan aufgeführten Investitionen umsetzen wollen oder nicht. Hysterie, Polemik und übertriebene Panikmache sind aber nicht angebracht, sondern es erfordert eine gewissenhafte Diskussion. Die SP-Fraktion verschliesst sich von dieser Diskussion nicht und hat bereits erste Anstösse dafür als parlamentarische Aufträge deponiert. Im Augenblick erachtet die SP-Fraktion es aber unter dem Aspekt der vom GR initiierten Verzichtsplannung als kontraproduktiv, jetzt weitere Massnahmen zu fordern. Wenn im März 2010 die angekündigte Verzichtsplannung vorliegt, wird die SP-Fraktion ihre Strategie anpassen und über parlamentarische Mittel umsetzen. Zum Schluss, trotz den tiefroten Zahlen, dankt die SP-Fraktion der gesamten Verwaltung, im Besonderen aber der Finanzdirektion unter der Leitung von Herr Hofer Peter für die seriöse Grundlagenarbeit und dem sorgsamem Umgang mit unseren Finanzen.

Stadträtin Pieren Nadja, namens der SVP-Fraktion und der EDU, hat festgestellt, dass der GR bemüht war, die Ausgaben im Budget 2010 bestmöglich zu reduzieren und die sehr unglückliche finanzielle Lage der Stadt Burgdorf erkannt hat. Die SVP-Fraktion und die EDU machen sich grosse Sorgen um die finanzielle Zukunft von Burgdorf. Der GR wird deshalb aufgefordert, in Zukunft genau zu überlegen, welche Investitionen dringend notwendig sind. Die Direktionen werden gebeten im kommenden Jahr sehr haushälterisch mit den Finanzen umzugehen und auch die kleinen Ausgaben genau zu hinterfragen. Die Talfahrt kann ein wenig abgebremst werden, wenn alle Direktionen aktiv mithelfen. Die SVP-Fraktion und EDU fordern den GR auf, nicht nur längerfristige Finanzstrategien zu vertiefen, sondern auch kurzfristig an das Sparen zu denken. Es kann nicht sein, dass finanzielle Löcher vom Steuerzahler durch eine Steuererhöhung berappt werden müssen. Deshalb stellt die SVP-Fraktion und die EDU den Antrag, auf Lohnmassnahmen, Teuerungszulagen und lohnrelevante Beförderung im Jahr 2010 zu verzichten. Wie auch in der Privatwirtschaft wird in schlechten Zeiten auf Lohnerhöhungen verzichtet. Die Stadt Burgdorf muss auf die 0.5% beim Erfahrungs- und Leistungsaufstieg sowie bei der Teuerungszulage im kommenden Jahr verzichten. Zudem sind im Jahr 2010 lohnrelevante Beförderungen zu streichen. Damit kann die Stadt Burgdorf die Ausgaben in diesem Bereich um mindestens Fr. 280'000.-- verringern.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, orientiert, dass das Budget 2010 Wellen geworfen hat. Die GFL-Fraktion hat einen Antrag auf Steuererhöhung eingereicht. Es ist logisch, wenn der Antrag abgelehnt wird, dass das Budget am Schluss eventuell auch abgelehnt wird. Ein solches Defizit kann nicht angenommen werden. Es ist gut, dass das Budget diskutiert wird damit der GR gewisse Anregungen für die zukünftige Arbeit übernehmen kann. Die GFL-Fraktion ist enttäuscht vom GR, weil das Defizit nicht erst seit jetzt bekannt ist. Das Defizit hat sich bereits letztes Jahr abgezeichnet. Der GR reicht ein Budget nach den gängigen Angaben ein und legt dem SR eigentlich die Makulatur vor. Die Sanierungsstrategie hätte früher gemacht werden sollen. In diesem Zusammenhang erinnert die GFL-Fraktion an die Überarbeitung der Legislaturplanung. Die Diskussion um den Antrag der GFL-Fraktion betreffend Steuererhöhung hat in den Medien bereits stattgefunden. Die GFL-Fraktion ist sich bewusst, was auf sie zukommt bei der Abstimmung. Gemäss BDP rechnet man mit der Erhöhung des Steuersatzes, wenn der Kanton eingreifen muss. Die FDP zieht eine Steuererhöhung als möglicher Ausweg in Betracht. Eine Steuererhöhung ist offenbar auch bei den Bürgerlichen ein denkbare, wenn auch erschreckendes Szenario. Stadtrat Berger Stefan hat es satt immer wieder mit dem Localnet-Deal konfrontiert zu werden. Genau so ergeht es der GFL-Fraktion. Der Deal mit dem Teilverkauf kam überstürzt, unvorbereitet und wenig seriös daher und das Geld wurde bereits ausgegeben bevor es in der Kasse war. Es sind so viele Begehrlichkeiten eingegangen und es wäre schwierig gewesen eine Einigkeit zu erbringen. Es wäre ein einmaliger Betrag gewesen und somit auch schnell ausgegeben. Die beschlossene Steuersenkung vor sieben Jahren hat der Stadt Burgdorf

die einschneidenden Fehlbeträge eingebracht und rund 12 Mio. Franken gekostet. Wenn diese Steuerensenkung nun rückgängig gemacht wird, kann mit Mehreinnahmen von rund 2 Mio. Franken pro Jahr gerechnet werden. Die Steuererhöhung macht pro Person rund Fr. 200.-- und wäre vermutlich für alle tragbar. Falls die Localnet in den nächsten Jahren wieder Gutscheine verteilt, würde ein Teil der Steuererhöhung wieder eingebracht. Es könnte aber auch sein, dass der Gegenwert besser der Stadtkasse abzuliefern wäre. Es wird immer wieder erwähnt, dass gut verdienende Personen ihren Wohnsitz nach dem Steuerfuss auswählen. Dies ist mittlerweile auch überholt. Die Lebensqualität eines Ortes ist das wichtigste Argument für den Wohnsitz. Burgdorf hat eine hohe Lebensqualität und diese kostet auch etwas. Wenn den Stimmberechtigten die richtigen Argumente vorgelegt werden, sind diese durchaus in der Lage, die Notwendigkeit der Mehreinnahmen einzusehen. Die Stadt Burgdorf sollte uns etwas wert sein. Es ist klar, dass eine Steuererhöhung um einen Steuerzehntel nicht ausreichen würde um das Defizit zu decken, es braucht die anderen Massnahmen ebenfalls. Wie viel eines schmerzhaften Leistungsabbaus wollen wir?

Stadtrat Ingold Rolf, namens der BDP-Fraktion, wiederholt nicht, was in der Presse geschrieben wurde. Die BDP-Fraktion ist enttäuscht und kann das Budget so nicht genehmigen. Die BDP-Fraktion will weder mit 100 noch mit 50 dem Abgrund entgegen fahren. Die Zitrone ist ausgepresst, aber in den Kernen hat es auch noch Saft. Diese schmecken jedoch bitter. Die BDP-Fraktion dankt Herr Hofer Peter und seinem Team für die geleistete Arbeit und gute Vorlage. Leider sind einfach die Zahlen nicht so, wie man sie gerne hätte. Der vorliegende Voranschlag spricht deutliche Signale und Worte. Der Voranschlag und Finanzplan ist für die BDP-Fraktion nicht akzeptabel. Für das Votum von Stadträtin Mumenthaler Regina wird ihr gedankt. Die BDP-Fraktion hat bereits vor zwei Jahren, damals noch als SVP-Mitglieder, den Mahnfinger aufgehoben. Dieser Mahnfinger führte zur Verzichtplanung, welche jedoch nur zur Farce geworden ist, weil man nicht am gleichen Strick ziehen wollte. Die BDP-Fraktion ist sich bewusst, dass es viele Finanzposten mit gebundenen Kosten gibt. Gemäss Vorlage wurden bereits Anstrengungen unternommen, das Defizit etwas zu verringern. Die Situation erachtet man jedoch als unverantwortlich und deshalb kann dem Voranschlag nicht zugestimmt werden.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man über die schlechten Zahlen nicht erstaunt ist. Die FDP-Fraktion hat schon vor rund zwei bis vier Jahren davor gewarnt. Der Grund ist klar. Die hohen Investitionen wie Schulhaus und Eisbahn schlagen mit den jährlichen Folgekosten zu Buche. Hat der SR nicht den grössten Projekten einstimmig zugestimmt? Wer nun den Voranschlag ablehnen will, soll nochmals über die Bücher. Der GR hat erklärt, was eine Rückweisung bedeuten würde. Dadurch entsteht ein immenser Mehraufwand. Sämtliche Direktionen müssten nochmals alles überprüfen, Massnahmen erarbeiten und schlussendlich zu Papier bringen. Zudem müsste das Parlament den Voranschlag nochmals behandeln. Diese Bemühungen sollten anstelle in die erwähnte Sanierungsstrategie investiert werden. Eine Ablehnung wäre eine Zwängerei und die wesentlichen Probleme könnten so nicht gelöst werden. Die FDP-Fraktion steht auch dem Antrag der SVP betreffend Personal kritisch gegenüber. Es wäre der falsche Moment etwas zu machen und ein falsches Signal, weil die Motivation in der Verwaltung erhalten werden muss. Bei der Sanierungsstrategie kann über dieses Thema diskutiert werden wie man es in den nächsten Jahren handhaben will. Eine Rückweisung wäre nicht sinnvoll, weil der SR die wesentlichen Investitionen beschlossen hat. Der budgetierte Ausgabenüberschuss 2010 ist noch durch das Eigenkapital gedeckt. Das Eigenkapital wurde in den letzten Jahren geäufnet. Eine Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt ist absoluter Nonsens und würde von den Stimmbürgern nicht goutiert. Die Stadt Burgdorf hatte bereits einmal über 100 Mio. Franken Schulden. Diese Schulden konnten mit Massnahmen in den letzten Jahren verringert werden. Schulden sind nicht à Prior schlecht, wenn das Geld sinnvoll ausgegeben wird. Investitionen in Schulhäuser oder Infrastrukturprojekte sind notwendig und sicher nicht verantwortungslos. Zudem waren die Zinssätze damals bei 6 oder 7%. Heute hat der Finanzverwalter wenigstens die Möglichkeit günstige Zinssätze von rund 2.5% abzuschliessen. Es ist selbstverständlich, dass der Finanzhaushalt wieder ausgeglichen sein muss. Die Schulden alleine sind nicht das Problem. Die FDP-Fraktion stimmt dem Budget zwar zu, aber sicher nicht leichtfertig. Es ist eine nachhaltige Sanierung notwendig. Man ist gespannt auf die angekündigte Sanierungsstrategie und hofft, dass es die richtige Richtung ist. Eine Steuererhöhung ist nur im allerletzten Notfall umzusetzen. Die FDP-Fraktion stimmt dem Budget zu.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo teilt mit, dass zwei Anträge vorliegen. Ein Antrag betrifft die Lohnmassnahmen und der andere die Steuererhöhung.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass mit der Ablehnung des Budgets die Verwaltung beansprucht wird und zusätzliche Kosten verursacht. Anlässlich der Sanierungsstrategie sollen Massnahmen eingeleitet werden. Die Sanierungsstrategie muss nun an die Hand genommen werden, es ist aber noch nicht zu spät. Zu den geforderten Lohnmassnahmen muss gesagt werden, dass die Stadt Burgdorf ein Personalreglement besitzt, in dem ein bestimmter Leistungsanteil und Erfahrungsanstieg aufgeführt ist. Wenn dies nun ausser Kraft gesetzt wird, muss man sich fragen, ob dies rechtlich überhaupt geht. Der Teuerungsausgleich erfolgt nach Vorgaben des Kantons. So wie es im Moment aussieht, wird der Kanton ohnehin keine Teuerung auszahlen. Zum Antrag betreffend Steuererhöhung weiss Gemeinderat Urech Peter nicht, ob diese geforderte Steuererhöhung nur für ein Jahr gelten soll. Eine Steuererhöhung müsste vors Volk und zeitlich wird dies schwierig, weil die Steuererhöhung eventuell nicht rückwirkend per 1. Januar 2010 erklärt werden kann. Dies müsste abgeklärt werden.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo fragt sich, ob die Gehaltsmassnahmen gemäss Budget zwingend sind oder nicht.

Stadtschreiber Schenk Roman erklärt, dass das Personalreglement vom SR genehmigt wird. Im Personalreglement steht, dass sich das Gehalt aus der Funktion, der Erfahrung und der Leistung zusammen setzt. Diese drei Elemente sind vorgegeben. Zudem besteht eine Verordnung des GR über die Gehaltsskategorieeinreihung der Stadt Burgdorf. Darin wird bestimmt, dass ein Erfahrungsanteil von 0.5% für die ersten 15 Arbeitsjahre vorgegeben und der Leistungsanteil nach Verfügbarkeit der Mittel bereitgestellt ist. 0.5% sind gebundene Kosten und was darüber hinaus geht, kann im Rahmen des Budgets festgelegt werden.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, möchte darauf hinweisen, dass der Antrag schriftlich vorliegt und das Budget 2010 betrifft. Die GFL-Fraktion hat zudem einen anderen Auftrag in diesem Zusammenhang formuliert, der eine längerfristige Sache beinhaltet. Gemäss Sprecher der FDP-Fraktion hat diese bereits vor 3 bis 4 Jahren gemerkt welches finanzielle Schlamassel bevorsteht. Vor 7 Jahren wurde eine Steuersenkung eingeführt auf Veranlassung dieser Partei. 12 Mio. Franken fehlen uns jetzt.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, wenn die Steuersenkung nicht beschlossen worden wäre, das Geld sowieso ausgegeben worden wäre. Das Geld wäre in irgendwelche Projekte geflossen. Es ist immer viel einfacher Geld auszugeben, als zu sparen. Eine öffentliche Verwaltung muss über knappe Mittel geführt werden.

Stadtrat Berger Stefan fragt sich, wie es zeitlich aussieht, wenn die Steuererhöhung bereits nächstes Jahr umgesetzt würde. Braucht es dazu eine Volksabstimmung? Wenn die Steuererhöhung für nächstes Jahr gilt und eine Volksabstimmung nötig ist, hätte Burgdorf anfangs des nächsten Jahres kein genehmigtes Budget. Zur Aussage von Stadtrat Ingold Rolf muss erwähnt werden, dass man sich bei den Sitzungen der damaligen Verzichtsplanung manchmal gefragt hat, was man eigentlich genau macht. Es haben wirklich nicht alle am gleichen Strick gezogen, es war aber nicht die Fragen von links oder rechts, sondern kreuz und quer.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo fragt sich, was passiert, wenn die Steuererhöhung heute genehmigt und von der Volksabstimmung abgelehnt wird. Die Stadt Burgdorf stünde ohne Budget da.

Gemeinderat Urech Peter ist der Meinung, wenn die Steuererhöhung für ein Jahr bestimmt wird und im Rahmen des Budgets ist, keine Volksabstimmung nötig ist.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo informiert, dass jede Änderung des Steuerfusses einer Volksabstimmung unterliegt.

Stadtschreiber Schenk Roman bezieht sich auf Artikel 18 der GO. Der Artikel legt fest, dass eine obligatorische Volksabstimmung notwendig ist bei einer Veränderung der Steueranlage im Zusammenhang mit dem Voranschlag. Es liegt kein anderes Budget vor. Über eine Steuererhöhung kann diskutiert werden, jedoch nicht im Zusammenhang mit dem Budget. Eine Volksabstimmung braucht es in jedem Fall.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo möchte wissen, wenn der Antrag für eine Steuererhöhung genehmigt würde, dieser für das vorliegende Budget nicht gilt.

Stadtschreiber Schenk Roman teilt mit, wenn die Steuererhöhung beschlossen wird und das Budget um rund 1.8 Mio. Franken besser abschliesst, müsste eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Falls diese Volksabstimmung verloren ginge, stellt sich die Frage, ob das alte Budget mit dem bisherigen Steuerfuss gilt oder ein neues Budget beschlossen werden müsste.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo ist der Ansicht, wenn die Steuererhöhung sollte beschlossen werden und die Volksabstimmung dies ablehnt, hat die Stadt Burgdorf kein genehmigtes Budget. Das Budget müsste nochmals behandelt werden und die Stadt Burgdorf hätte für bis zu sechs Monaten kein Budget. Der Vorsitzende möchte von der SVP-Fraktion noch wissen, ob ihr Antrag noch angepasst wird da der Erfahrungsaufstieg vorgegeben ist.

Stadträtin Pieren Nadja, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass der Antrag auf Streichung des Erfahrungsanteils gemäss Aussage von Stadtschreiber Schenk Roman gestrichen wird. Die Streichung des Leistungsanteil wird aufrecht erhalten.

Antrag SVP / EDU

Auf Teuerungszulagen und lohnrelevante Beförderungen, Leistungsanteil sowie Teuerungsausgleich von je 0.5%, sind im Jahr 2010 zu verzichten.

Der Stadtrat lehnt den Antrag mit 10 Ja und 24 Nein Stimmen bei 4 Enthaltungen ab.

Antrag GFL

Ziffer 1 a): Auf Einkommens-, Vermögens- und Gewinnsteuern das **1.73-fache** des gesetzlichen Einheitsansatzes;

Der Stadtrat lehnt den Antrag mit 5 Ja und 33 Nein Stimmen ab.

DETAILBERATUNG

(Seiten, Produktgruppen bzw. Direktion ohne Bemerkungen werden nicht aufgeführt.)

Seite 20 bis 37 (Präsidialdirektion)

Stadträtin Mumenthaler Regina stellt auf der Seite 23 fest, dass beim Indikator über die Zufriedenheit die Skala 1 bis 4 als Einheit festgelegt ist. Beim Soll wird 3 gesetzt. Praktisch bei jedem Zufriedenheitsziel ist nur 3 als Ziel definiert. Man ist also nur mit 75% des Erreichten zufrieden. Das reicht nicht, es müsste mindestens 3.5 oder 3.75 definiert werden. Beim Wirkungsziel 10/1 fehlt eine wichtige Zeile und zwar die Klammerbemerkung grösser als. Dies sollte ergänzt werden wie bei der Stadtentwicklung auf der Seite 53.

Stadträtin Pieren Nadja, namens der SVP-Fraktion und der EDU, stellt den Antrag, bei der Produktgruppe 12 auf der Seite 30 bis 32 den DB 5 um 20% zu kürzen ist. Diese Kürzung scheint bei Anlässen und Repräsentationen realistisch und umsetzbar zu sein. Der Aufwand würde sich dadurch um rund Fr. 33'500.-- verringern.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth versteht, dass man sparen will. So eine kleine Sparübung entspricht weder dem NPM-Gedanke und bringt nichts, hat aber eine grosse Wirkung. In dieser Produktgruppe sind Fr. 67'000.-- beeinflussbare Kosten. Wenn nun 20% in dieser Produktgruppe gekürzt werden, bleiben noch Fr. 34'000.--. Das bedeutet, dass mehr als die Hälfte gekürzt wird. Diese Produktgruppe beinhaltet wichtige Repräsentationen wie Essen mit den umliegenden Gemeinden. Dabei geht es darum, miteinander verankert zu sein. Diese Essen finden in den verschiedenen Restaurants in Burgdorf statt. Im weiteren sind die Gratulationen und das Essen mit der Burgergemeinde in dieser Produktgruppe erhalten. Es ist wichtig, dass Burgdorf ein guter Kontakt pflegt mit der Burgergemeinde. Wenn der Betrag gekürzt wird, sind solche Repräsentationen schwierig und man müsste bereits Leute

ausladen. Es ist unklar, ob dies trotz der laufenden Sanierungsstrategie das richtige Signal ist. Es kann auch sein, dass der SR nicht wusste, dass die beeinflussbaren Kosten so gering sind. Falls der Betrag gekürzt wird, können diese wichtigen Begegnungen nicht mehr stattfinden. Im laufenden Jahr wurde der Empfang des Schwingfestes über diese Produktgruppe abgerechnet. Deshalb ist es wichtig, dass etwas Spielraum vorhanden ist. In diesem Sinn soll der Antrag abgelehnt werden.

Stadträtin Mumenthaler Regina möchte wissen, wie sich die Abgrenzung zwischen dem Stadtmarketing und der Stadtentwicklung verhält. Das Stadtmarketing und die Stadtentwicklung haben das gleiche Wirkungsziel. Wie wird die Aufgabe zwischen den beiden Bereichen verteilt?

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass es sich einerseits um das Ziel der Stadtentwicklung handelt damit genug Wohnungen zur Verfügung stehen und Steuerzahler akquiriert werden und andererseits das Stadtmarketing dafür sorgt, dass Burgdorf nach aussen verkauft wird. Es handelt sich also um zwei verschiedene Schienen, einerseits um den planerischen Bereich und andererseits um den Bereich, der das Angebot nach aussen verkauft. Es ist klar und auch wichtig, dass sich die beiden Bereiche absprechen.

Antrag SVP / EDU
Produktgruppe 12; DB 5 um 20% kürzen

Der Stadtrat lehnt den Antrag grossmehrheitlich ab.

Seite 38 bis 59 (Baudirektion)

Stadträtin Pieren Nadja, namens der SVP-Fraktion und der EDU, bemerkt zur Produktgruppe 21, dass es anzustreben sei, dass die Kosten verursachergerecht weiter verrechnet werden. Die Baudirektion und der GR werden aufgefordert, dies zu überprüfen.

Stadträtin Mumenthaler Regina stellt fest, dass auf der Seite 49 beim Wirkungsziel 22/2 die Abweichung relativ hoch ist. Die Abweichung von 10% ist nicht tolerierbar. Beim Leistungsziel 22/1 handelt es sich um eine sportliche Annahme. Es wurde eine tiefe Anzahl von Reklamationen budgetiert. Beim Leistungsziel 22/2 möchte Stadträtin Mumenthaler Regina wissen, ob es wirklich 10 Tage gegeben hat, wo die Route nicht ausgeführt wurde.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo bemerkt zu dieser Frage, dass es sinnvoll wäre bei spezifischen Fragen diese vorgängig der zuständigen Person zuzustellen. Die ganze Sache würde damit beschleunigt.

Herr Brechbühl Georg, Leiter Werkhof, teilt mit, dass es sich bei diesen Angaben um Annahmen handelt die getroffen wurden. Bis jetzt sind solche Ausfälle noch nie eingetroffen.

Seite 88 bis 105 (Bildungsdirektion)

Stadträtin Mumenthaler Regina ist der Meinung, dass die Wirkungsziele 50/1 und 50/2 auf der Seite 91 nicht in den Bereich der Bildungsdirektion fallen, sondern eher in den Bereich der Kommission gehört.

Stadtrat Haller Dieter, Präsident der Volksschulkommission, informiert, dass der Bereich in die Verwaltung eingebunden ist und die Zusammenarbeit funktioniert. Der Bereich muss nicht in Frage gestellt werden.

Stadträtin Pieren Nadja, namens der SVP-Fraktion und der EDU, bemerkt zur Produktgruppe 50, dass es sich bei diesem Betrag um eine Luxuslösung handelt. Deshalb werden die Klassengrößen und nicht die Lehrerlöhne genauer angeschaut. Die Produktgruppe wird noch vertiefter geprüft. Zur Produktgruppe 53 stellen die SVP-Fraktion und die EDU den Antrag, den DB 5 um 10% zu kürzen. Die Kulturanlässe mitzufinanzieren ist für die Stadt Burgdorf ein „nice to have“. Wenn in der Stadt Burgdorf ein kultureller Anlass durchgeführt werden soll, ist es sehr willkommen und die Stadt Burgdorf stellt den Platz und die Infrastruktur zur Verfügung. Die finanziellen Mittel bei kulturellen Anlässen sollen

mehr in der Privatwirtschaft beschafft werden. Auf diesem Weg könnten Fr. 40'000.-- eingespart werden.

Gemeinderat Probst Andrea teilt mit, dass er interessanterweise kürzlich einen Anlass besucht hat, welcher die Bedeutung der Kultur aufgezeigt hat. Dabei hat er staunt, dass die Kultur im Wirtschaftsbereich liegt und schweizweit rund 100'000 Arbeitsplätze generiert. Wenn die Kultur nun bekämpft wird, ist man wirtschaftsfeindlich. Die meisten Beiträge, welche die Kulturkommission spricht, sind gebundene Leistungsaufträge wie zum Beispiel mit der Casino AG, dem Schlossmuseum, der Stadtbibliothek, der Harmoniemusik, dem Gertschmuseum, der Kulturnacht, etc. Diese Leistungsaufträge können nicht sofort aufgelöst werden. Im Vergleich mit anderen Städten hat Burgdorf ein sehr bescheidenes Kulturbudget.

Stadträtin Mumenthaler Regina stellt sich auf der Seite 103 beim Wirkungsziel 53/3 die Frage, ob es Aufgabe von Burgdorf sein kann, dass die Veranstaltung nationale Ausstrahlung haben. Angesichts der Finanzen sind die sechs Veranstaltungen nicht nötig und können gestrichen werden.

Antrag SVP / EDU
Produktgruppe 53; DB 5 um 10% kürzen

Der Stadtrat lehnt den Antrag mit 8 Ja und 26 Nein Stimmen bei 4 Enthaltungen ab.

Stadträtin Pieren Nadja verlangt eine kurze Pause.

Pause

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass der Antrag auf Steuererhöhung abgelehnt wurde und man enttäuscht ist. Die GFL-Fraktion wird trotzdem dem Budget zustimmen. Die Verärgerung über den GR ist aber da, man hätte schneller reagieren sollen. Die GFL-Fraktion hat einen Auftrag betreffend Steuererhöhung eingereicht.

Stadträtin Pieren Nadja, namens der SVP-Fraktion, ist enttäuscht. Man spricht vom Sparen und alle möchten sparen. Trotzdem wurden alle Anträge der SVP-Fraktion abgelehnt. Es sind zwar kleine Beiträge, aber total hätte das rund Fr. 400'000.-- ausgemacht. Die Ablehnung der Anträge wurde mit schönen Erklärungen dargestellt warum das Geld dringend gebraucht wird. Wo ist der Wille zum Sparen?

Stadtrat Berger Stefan möchte eine Lanze brechen für den GR. Der GR soll nun die Arbeit zur Sanierungsstrategie vorantreiben. Ab März 2010 muss dann über die Sanierungsstrategie diskutiert werden. Alles andere wäre nur „Pflästerlipolitik“, was wenig bis gar nichts bringt.

A b s t i m m u n g

Beschlussanträge:

1. Für das Jahr 2010 sind die folgenden Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) Auf Einkommens, Vermögens- und Gewinnsteuern das 1,63-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
 - b) Eine Liegenschaftssteuer von 1 Promille des amtlichen Wertes;
 - c) Die Nachsteuern;
 - d) Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert das 0,125-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes.

Der Stadtrat genehmigt mit 36 Ja Stimmen bei 2 Enthaltungen den Beschlussantrag 1.

2. Der Aufwandüberschuss im Voranschlag 2010 von 3'844'111.00 Franken sowie die Saldi der laufenden Rechnung 2010 der nachfolgend genannten Organisationseinheiten und Produktgruppen (Deckungsbeitrag 5) werden genehmigt (Art. 10 Abs. 3 NPMR):

PraD: PG 10, 11, 12 und 13

BauD: PG 20, 21, 22, 23 und 24

ESiD: PG 32, 33, 34, 35, 36 und 37

Bild: PG 50, 51, 52 und 53

SozD: PG 60, 61, 62 und 63

FinD: PG 70 und 71

Der Stadtrat genehmigt mit 27 Ja und 6 Nein Stimmen bei 5 Enthaltungen den Beschlussantrag 2.

3. Die Hundetaxe wird auf Fr. 100.00 pro Hund festgesetzt.
(AHV- und IV-Berechtigte, die in bescheidenen Verhältnissen leben, bezahlen auf Gesuch hin Fr. 30.00 pro Hund).

Der Stadtrat genehmigt mit 32 Ja und 2 Nein Stimmen bei 4 Enthaltungen den Beschlussantrag 3.

8. Motion FDP-JF-Fraktion betreffend Standberichte zur Realisierung der Umfahrung von Burgdorf

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-JF-Fraktion, empfiehlt die Motion zur Annahme und geht auf die Frage der drei involvierten politischen Ebenen ein. Der Entscheid zur Umfahrung wird weder im GR noch im SR fallen. Es wäre aber falsch anzunehmen, dass die politische Meinung der Behörden egal wäre. Die politischen Diskussionen der letzten Jahre zeigen, dass es nicht stimmt. Das politische Gewicht der Stadt Burgdorf kann in etwa folgendermassen zusammengefasst werden: Die Stadt Burgdorf hat gewissermassen ein Vetorecht bezüglich der Linienführung. Wenn die Stadt Burgdorf im Extremfall jede Linienführung ablehnt, wird die Umfahrung zumindest nicht über Burgdorfer Gebiet führen. Dies ist jedoch keine staatsrechtliche Argumentation, sondern realpolitisch. Die eidgenössischen und kantonalen Behörden sind mindestens auf die Duldung von Burgdorf angewiesen. Das faktische Vetorecht von Burgdorf darf nicht unterschätzt werden. Es ist der entscheidende Fehler von den ursprünglichen Unterstützer der ersten Variante gewesen, dass dieser Punkt nicht beachtet wurde. Es darf aber auch nicht vergessen werden, dass ohne diese Initianten das Thema wahrscheinlich gar nicht mehr auf der Traktandenliste der Verkehrspolitik gekommen wäre. Ein jährlicher Standbericht ist ein überschaubarer Zeitraum und stellt sicher, dass der GR am Ball bleibt. Das Abstimmungsverhalten von manchen Ratsmitgliedern ist schlicht und einfach davon abhängig, ob sie eine Umfahrung wollen oder nicht. Zustimmung sollten deshalb solche, welche sich noch nicht entschieden haben, den Entscheid von der Linienführung oder anderen Projektbestandteilen abhängig machen und natürlich wer bereits die bestimmte Linienführung bevorzugt. Wer in keinem Fall eine Umfahrung will, braucht in der Tat keine Standberichte und kann die Motion ablehnen. Der GR legt der Fraktion nahe, der Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Das Begehren wurde diskutiert und wird kritisch angeschaut. Eine Prüfung, ob es Standberichte geben soll oder nicht ist inhaltslos und bringt nicht so viel. Die FDP-Fraktion verlangt einen politischen Entscheid im SR. Die Umwandlung in ein Postulat wird im Moment abgelehnt, man kommt aber eventuell auf den Entscheid zurück, wenn der SR die Postulatsform mit neuen Argumenten eindeutig bevorzugen würden. Die FDP-Fraktion empfiehlt dem SR die Annahme der Motion.

Gemeinderat Kolb Martin informiert, dass der GR die Meinung der Motionäre teilt, dass zur langfristigen Lösung der anstehenden Verkehrsprobleme der Stadt Burgdorf und Region Emmental der Bau der Umfahrung notwendig ist. Dementsprechend haben der GR und die Verwaltung sich bereits bei der Erarbeitung der Zweckmässigkeitsbeurteilung ZMB Zufahrt Emmental im August 2008 engagiert. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass für die Erschliessung des Emmentals und der Stadt Burgdorf eine gesamtheitliche Lösung angestrebt werden muss. Das bedeutet, dass alle Verkehrsarten berücksichtigt werden müssen und soweit es den motorisierten Verkehr betrifft, sowohl der Bau einer Umfahrungsstrasse wie auch Massnahmen an der Ortsdurchfahrt notwendig sein werden. Das so bestimmte

Massnahmenbündel soll sicherstellen, dass einerseits der Durchgangsverkehr die Umfahrungsstrasse benützt und andererseits der Ziel-, Quell- und Binnenverkehr in Burgdorf gut abgewickelt werden kann. Bei der Umfahrung handelt es sich um ein Projekt des Kantons unter Federführung des Kantonalen Tiefbauamtes, Kreis IV. Bisher wurden durch den Kanton folgende Arbeiten geleistet: die Zweckmässigkeitsbeurteilung ZMB 2006/2007, der generelle Strassenplan – öffentliche Auflagen vom August bis September 2008 - sowie der generelle Strassenplan als Planungszone gemäss Artikel 62 BauG – öffentliche Auflage Mai bis Juni 2009 - und die Einspracheverhandlungen im September 2009. Der Grossrat des Kantons Bern beschloss die Standesinitiative betreffend Aufnahme der Autobahnzubringer Emmental und Oberaargau ins Nationalstrassennetz. Sie wurde am 18. Februar 2009 zuhanden der vereinigten Bundesversammlung eingereicht. Die Stadt Burgdorf hat sich bisher für die Realisierung des Autozubringers Emmental eingesetzt und wird dies auch in Zukunft tun. Allerdings sind die Einflussmöglichkeiten gering, da der massgebende Entscheid zur Standesinitiative in den beiden Kammern der Bundesversammlung gefällt werden. Die ständerätliche Verkehrskommission wird sich voraussichtlich im Januar oder Februar 2010 mit der Standesinitiative befassen. Für eine Aufnahme ins Nationalstrassennetz braucht es die Zustimmung beider Kammern, National- und Ständerat. Sollte der Autozubringer Emmental ins Nationalstrassennetz aufgenommen werden, wird der Zeitpunkt der Realisierung durch den Bund festgelegt. Dieser richtet sich nach den verfügbaren Mitteln für den Nationalstrassenbau und die anstehenden Projekte. Die Stadt Burgdorf kann also einzig bei den Berner National- und Ständeräten lobbyieren, dass sie die Standesinitiative unterstützen und so ein Entscheid zugunsten einer Aufnahme ins Nationalstrassennetz möglich wird. Dazu ist der GR auch bereit. Die Stadtpräsidentin und die Region Emmental haben die Berner Grossrätinnen und Grossräte bereits Ende Oktober in einem Brief aufgefordert, die Standesinitiative zu unterstützen. Eine zwingende jährliche Berichterstattung macht bei den geringen Einflussmöglichkeiten des GR wenig Sinn. Der GR wird aber den SR regelmässig über geplante und beschlossene Massnahmen und bevorstehende Entscheide informieren. In diesem Sinn ist der GR bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen. Der GR beantragt dem SR die Motion als Postulat zu überweisen.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, orientiert, dass es ein unzulässiger Kurzschluss ist, wenn behauptet wird, wer gegen die Umfahrung ist auch die Motion ablehnt. Es geht hier nicht um die Umfahrung, sondern um der Verwaltung eine neue Aufgabe aufzubürden. Dagegen wehrt sich die GFL-Fraktion. Die GFL-Fraktion wurde innert kürzester Zeit zweimal der Schizophrenie angeklagt. Es verursacht Mehrkosten, wenn ein Bericht geschrieben werden muss und dies braucht es nicht. Wer sich informieren will über den Fortgang des Projektes kann dies auf der Homepage des Kantons oder bei den Mitgliedern des Nationalrates tun. Es genügt, wenn der GR mündlich an den Stadtratssitzungen über den Stand der Dinge informiert. Der Einfluss der Stadt Burgdorf ist gering. Es ist an der Zeit zu sparen. Es soll nicht noch mehr Aufwand entstehen.

Stadtrat von Arb Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Motion klar abgelehnt wird. Die Verwaltung wird damit unnötig beschäftigt und belastet. Zudem wird auf die jährliche Informationsveranstaltung des SR hingewiesen. An dieser Veranstaltung könnten die Angaben eingeholt werden. Die Umfahrungsstrasse löst die Verkehrsprobleme von Burgdorf nicht. Zudem ist man nicht bereit, das Naherholungsgebiet Meienmoos dafür zu opfern. Die Motion wird abgelehnt.

Der Stadtrat überweist mit 19 Ja und 19 Nein Stimmen bei Stichentscheid des Stadtratspräsidenten die Motion an den Gemeinderat.

9. Interpellation Urs Pfister (CVP) betreffend Verordnung über die verwalteten Stiftungen der Stadt Burgdorf

Stadtratspräsident Leibundgut Remo teilt mit, dass die Stellungnahme des GR schriftlich vorliegt.

Stadtrat Pfister Urs dankt für die schriftlich abgegebene Stellungnahme des GR. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern hat dem Vorgehen zugestimmt und liegt in der Kompetenz des GR.

Der Interpellant erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

10. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es wird folgender Parlamentarischer Auftrag eingereicht:

- Auftrag Fraktion der Grünen Freien Liste Burgdorf betreffend Erhalt der Steuereinnahmen

Stadtratspräsident Leibundgut Remo teilt mit, dass für den Schlummertrunk im Hotel Stadthaus reserviert ist. Die Schlussitzung des SR findet am 14. Dezember 2009 statt.

Schluss der Sitzung: 21.40 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll



Remo Leibundgut

Brigitte Henzi

Burgdorf, 25. November 2009 / hbr